

Dieses Heftung erscheint  
jede Woche Sonnabends.  
Preis vierteljährlich durch  
den Postbezogen 1,20 Mk.  
Eingetragen in die  
Postzeitungsliste Nr. 6482.

# Der Proletarier

Anzeigenpreis:  
50 Pf. für die Doppel-  
Zeile.  
Geschäftsanzeigen werden  
nicht angenommen.

## Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Postcheckkonto: Nr. 858 15 Postcheckamt Hannover.

Verlag von A. Brep.

Druck von G. H. S. Meißner & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: Sebastian Prall, Hannover.  
Redaktionschluss: Freitag morgen 9 Uhr.

Redaktion und Expedition:  
Hannover, Kholaftr. 7, 2. Et. — Fernsprech-Anschluß Nord 3002.

### Krankheits Symptome in der Wirtschaftsführung.

Das Gute soll man nehmen, von wo und von wem es kommt. Leider glauben die meisten deutschen Unternehmer, alles Gute komme von ihnen, und was ihnen nicht glückt, das sei auf das Schuldkonto anderer, in unserem Falle der Arbeiter, zu buchen. Die Folgen eigener Fehler und Unzulänglichkeiten sollen stets geheilt werden durch längere Arbeitszeit und Lohnabbau. In dieser Auffassung werden die Unternehmer nur zu sehr gestützt von ihren Syndikats. Daß es unter diesen jedoch auch Ausnahmen gibt, beweist ein Artikel: „Probleme des Industrieführers“ von Syndikus Dr. H. Schäfer (Köln) in der „Frankfurter Zeitung“ Nr. 723 vom 28. September 1925. Es heißt da:

Die viel zitierten, auf der Juni-Tagung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie vom Reichsbankpräsidenten Schacht gesprochenen Worte waren recht verstanden eine Aufforderung an die führenden Wirtschaftskreise, nicht immer bei anderen Schichten die Ursache der gegenwärtigen Wirtschaftshemmungen zu suchen, sondern auch die eigenen Mängel in organisatorischer und persönlicher Hinsicht zu erkennen. Auf der vor wenigen Wochen abgehaltenen Tagung der nordwestlichen Gruppe des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller in Düsseldorf hat der Vorsitzende, Dr.-Ing. Reusch, den Mut gefunden, die gewiß nicht durch Mangel an Selbstbewußtsein ausgezeichneten rheinisch-westfälischen Industriellen zu Selbstkritik und Sparsamkeit zu ermahnen. Das ist beinahe ein Wagnis. Noch wirkamer wäre es gewesen, wenn er diese Ausführungen nicht erst in einem halb im Ausbruch verlorenen Schlusssatz gemacht hätte. Denn so etwas muß gehört werden. Man wird niemals den Massen der Arbeiter und Angestellten die Beschränkung auf ihre heutigen Einkünfte als Unvermeidlichkeit glaubhaft machen, solange noch große Teile der deutschen Besitzschichten in- und ausländische Luxusbäder bewältigen, solange noch in Verwaltungsgebäuden von Werken, Kartellen und Verbänden ein manchmal aufdringlicher Prunk sich breit macht. Wie soll der Arbeitersekretär oder Betriebsobmann, der solche „Stätten der Arbeit“ befreit, an die Unmöglichkeit einer Lohnerhöhung glauben? Spartansiche Einfachheit muß Führertugend sein, wenn sie die Massen ergrreifen soll. Sparsamkeit, Einfachheit bedeutet andererseits nicht kraftlähmende Nivellierung. Die zu Höchstleistungen anspornende Aussicht auf persönlichen Wirtschaftserfolg darf weder den führenden noch den ausführenden Wirtschaftskräften verkümmert werden.

Hebung der stark gekunkelten wirtschaftlichen Führerautorität setzt weiterhin voraus eine ernsthaftere Einschätzung und kritischere Beurteilung der Persönlichkeitskräfte in der Wirtschaftsführung. Nur eine Wirtschaft, die trotz riesenhaft ausgebreiteter Unternehmungsformen ihre Führer und Unterführer, schließlich aber alle ihr mittelbar oder unmittelbar dienenden geistig schöpferischen Persönlichkeitskräfte vor Schematisierung, Bureaunkrausierung und Nivellierung bewahrt, schreitet vorwärts.

Es ist im letzten Jahre Mode geworden, daß die Leiter großer deutscher Werke und Verwaltungen ausgedehnte Studienreisen zur Aneignung der amerikanischen und englischen Methoden unternehmen. Die an solche Reiseindrücke in einzelnen deutschen Betrieben mit Hochdruck angeknüpften Amerikanisierungsexperimente lassen aber manchmal befürchten, daß hier ein neues Schema ohne Rücksicht auf die anderen Boden erwachsende deutsche Arbeitsstradition allzu mechanisch angewandt wird. Schwerer als die Mechanik der Wirtschaft ist eben die richtige Anwendung der organischen menschlichen Kräfte in den Einheiten der modernen Großbetriebe. Die Mechanisierung hat für die Mehrzahl der Arbeitnehmer die Arbeit zu etwas Seelenlosem, ja Widerwärtigem gemacht. Die Hemmnungen, die aus dem gespannten Verhältnis des Arbeiters zur Arbeit entstehen, müssen ausgeglichen werden durch das anspornende Wirken der geistig führenden Kräfte, die in Betrieb und Betriebsabteilung tätig sind und die Gestaltung der Arbeitsvorgänge in der Hand halten. Bei den mechanisch tätigen Kräften wird man sich abfinden müssen mit dem Zwiespalt zwischen Berufsarbeit und persönlicher Daseinsführung. Geistig selbständiges Wirken der Wirtschaftsführung wird aber nur dann erfolgreich sein, wenn ein persönliches Verhältnis des Schaffenden zu seinem Aufgabenkreis besteht, wenn die berufliche Tätigkeit für den Schaffenden eine Erfüllung des persönlichen Lebens mit Zweck und Inhalt bedeutet.

So wird die Führerfrage in der Wirtschaft brennend im Zusammenhang mit den organisatorischen Aufgaben des modernen Großbetriebes und der Konzernbildung. Was man lange Zeit nicht aussprechen durfte, ohne sich dem Vorwurf der Wirtschaftseindlichkeit anzusehen, wird heute von allen Seiten verkündet: Unsere Konzerne bedürfen alle noch der organisatorischen Abrundung und Ausbildung. Sie sind größtenteils nicht erwachsen aus einem planvollen Aufbau von Wirtschaftskäften, sondern mehr eine rein zufällige Anhäufung

von Gelegenheitskäufen aus der Inflationszeit. Planvolle Zusammenfassung von spezialisierten Produktions-, Verarbeitungs- und Verwaltungsbetrieben zu großen Einheiten ist hier die Aufgabe. Daraus erwächst das große Problem der organisatorischen Gliederung, der Zusammenfassung der gesonderten Betriebe in der großen Einheit des Unternehmens und des Konzerns. Das läßt sich nicht mit Befehlen und Formeln lösen. Die Persönlichkeiten an den entscheidenden Organisationspunkten eines Wirtschaftskomplexes müssen die Kunst verstehen, mehr intuitiv als berechnend den großen Notwendigkeiten des gesamten Unternehmens Rechnung zu tragen und doch die Sonderaufgabe, die ihnen zugewiesen ist, nicht verkümmern zu lassen. Sie müssen dafür sorgen, daß auch ihr Aufgabenkreis im Rahmen des Ganzen eine lebendige Individualität bleibt und nicht zum lahmen Bestandteil eines bürokratisierten Konzern-Zentralismus wird.

Um so bedauerlicher sind die Hemmnungen für die Entfaltung der geistig schaffenden Kräfte in der heutigen Wirtschaft. Sie ist beherrscht von Regungen, die man als Verneinung des Persönlichen und der Persönlichkeit bezeichnen kann. Ursache ist zunächst die Vorherrschaft unpersönlicher Unternehmungsformen. Oder bei den Familiengesellschaften ist heute die zweite oder dritte Generation im Besitz der Unternehmung. In deren Händen nimmt die Wirtschaftsführung vielfach einen zwar präsenstöß repräsentativen, aber von der eigentlichen Leistung zu trennenden Charakter an. Auch dadurch stoßen leitende Fachleute auf tausend Widerstände und Reibungen aus der Verschiedenheit von Bildung und Besitz. Der autoritäre Zentralismus der Großunternehmungen zeigt außerdem häufig eine bedenklliche Neigung zu Formen der Führerauslese, welche — das muß nach mancherlei Beobachtungen der letzten Zeit einmal offen gesagt werden — Füglamkeit höher bewerten als sachmännische Entscheidungsfähigkeit und selbstbewußten Persönlichkeitswert. Noch schlimmer ist es, daß „Beziehungen“ in wachsendem Maße mehr geschätzt werden als Leistung. Das gilt für die Befehung der höchsten Stellen wie für die Auswahl der Unterführer und ihres Nachwuchses. Man wird bei manchen Werken den Eindruck nicht los, daß sie ihren Ingenieurnachwuchs vorzugsweise aus bestimmten studentischen Korporationsgruppen oder ähnlichen Geselligkeitsvereinen beziehen. Der Nepotismus, der unsere staatliche Verwaltung lähmte durch die Vorherrschaft des Ungeistes der zu schöpferischer Eigenleistung unfähigen, aber konnexionreichen Karrieremacher, bedroht unsere wirtschaftlich führenden Schichten mehr als man gemeinhin ahnt. Unsere Wirtschaft droht zu ersticken in diesem alle rein sachliche Tätigkeit überwuchernden Dickicht der „Beziehungen“. Mit „Beziehungen“ sichern die gar nicht so seltenen Aufsteiger ihre Existenz, die im übrigen von der höheren Repräsentation leben. Das Streben nach „Beziehungen“ ist der Anlaß, wenn Erben klangvoller Namen, hohe Würdenträger der Militär- und Beamtenhierarchie, einflussreiche Politiker und sonstige Fremdlinge der Wirtschaftsführung zahlreich die Aufsichtsräte, zuweilen sogar die Gesellschaftsdirektionen erweitern. Dann wundert man sich, wenn eine Senkung der Generalunkosten gar nicht gelingen will. „Beziehungen“ verteuern weiterhin die Produktion, wenn oft die Einkaufschefs nicht da ihre Rohmaterialien und Halbzuge einkaufen dürfen, wo sie am besten und billigsten angeboten werden, sondern sie abnehmen müssen, wo Konzernverbundenheit oder persönliche Wünsche und Winke einflussreicher Aufsichtsrats- oder Vorstandspersonen oder auch Kreditgeber es ihnen zur unheiligen Pflicht machen. In solcher Luft gedeiht prächtig der Formalismus der Werkbureaunkrausie, eine Verwaltungsmethode, in der zwar jeder Mensch erfesbar, aber auch der persönliche Wille zur technischen oder organisatorischen Neuschöpfung gelähmt ist. Wie die hohen Stäbe unseres Heeres im Kriege, so sehen viele Verwaltungen den Gipfel organisatorischer Straffheit in einer Verneinung des Schreibwerkes ihrer Unterorgane durch eine möglichst vielseitige Fülle von terminmäßigen Meldungen und Berichten. Von solcher Gewohnheit bis zu potemkinschen Künsten ist kein weiter Weg. Wir ist ein großes rheinisches Werk bekannt, da hat man zum Besuch des Aufsichtsratsvorsitzenden tagelang vorher gesagt, selbst ehrlich berufte Mauern gesäubert und schließlich sogar von einem Gärtner geliebene Bäume in Töpfen auf dem Fabrihof eingepflanzt. Es geht ja nichts über den guten Eindruck. Vielleicht tut man es auch nur, um die köstliche Überlieferung militärischer Besichtigungen nicht aussterben zu lassen.

Auf die Anschauungen von Sinn und Zweck der Wirtschaftsführung hat die Inflationszeit entartend gewirkt. Geschickte Ausnutzung der Geldwertchwankungen, Spekulation, nicht Produktivität ist dadurch bei vielen beherrschender Gesichtspunkt für das wirtschaftliche Erfolgstreben geworden. Diese Tendenz findet heute ihre Fortsetzung in den an zünftlerische Gedankengänge erinnernden Bestrebungen, durch Kartelle, Zölle, Preis- und Wettbewerbsabreden private Monopole zu errichten. Gut ausgestattete wirtschaftliche Pfünden werden stärker begehrt als der Erfolg schöpferischer Wagnisse großen Stils. Diese Entwicklung darf noch eine Ver-

schärfung erfahren durch die Bestverschiebungen der Nachkriegszeit. Unternehmungen, die gebunden waren an die schöpferische Gründerpersönlichkeit, sind in fremde Hände übergegangen. So urteilen nur allzu häufig in Aufsichtsräten und Verwaltungen produktionsfremde Geschäftsinteressen über die sachmännischen Produktions- und Organisationsanschauungen der tatsächlichen Wirtschaftsführer im kleinen Aufgabenkreis des Abteilungsleiters wie im großen Verantwortungsbereich des Generaldirektors. Der in letzter Zeit verschärfte Konkurrenzkampf wird in dieser Hinsicht hoffentlich reinigend wirken. Im allmählich erwachenden Wettbewerb wird der Persönlichkeitswert geistig selbständiger Arbeitsleistung wieder offenbar. Die schwere Krise, die heute einige Riesenkonzerne durchmachen, dürfte nach dieser Richtung aufweckend und erfrischend wirken. Freilich, man muß manchen angebeteten Göttern der Wirtschaft dabei weh tun. Das schafft immer wieder Hemmnungen.

Man wird wahrscheinlich auch diesen Beitrag zur Kritik der heutigen Privatwirtschaft mit dem Vorwurf der „Wirtschaftseindlichkeit“ beantworten. Der ehrlichste Freund der Wirtschaft ist aber in Wahrheit derjenige, welcher auf Irrwege der Wirtschaftsführung hinweist, auch wenn dem Selbstbewußtsein einzelner Autoritäten einmal ein Stoß versetzt wird. Wenn hier handelt es sich nicht allein um die Befreiung von Einzelfällen. Auf dem Untergrunde solcher Führerproblematik der Wirtschaft keimen die Anfänge neuer gesellschaftlicher Schichtung, neuer sozialer Spannung.

### Kapitalschutz.

Im Organ der deutsche Schwerindustrie, der „Deutschen Bergwerkszeitung“, erschien kürzlich ein volkswirtschaftlicher Leitartikel unter dem Titel „Kapitalrente und Wirtschaft“. Der Leitartikel ist der Kapitalrenten. Es soll der Beweis erbracht werden, daß nichts wichtiger ist als die „fürorgliche Behandlung“ des Kapitals. Seiten hat sich der Geist des Kapitalismus so unverkühlt offenbart wie in diesem Aufsatz, der ohne Zweifel die Meinung weiter kapitalistischer Kreise widerspiegelt. So möchten wir einige schöne Sätze daraus unserer Lesern nicht vorenthalten und eigene kurze Bemerkungen daranknüpfen.

Gleich an die Spitze der Ausführungen wird der Satz gestellt: „Selbstverständlich haben die Kapitalgeber einen privilegierten Anspruch auf Vorzugstellung vor allen anderen am Produktionsprozess beteiligten Faktoren, da sie ja durch die Hergabe ihres Kapitals das Unternehmen erst geschaffen und somit der Arbeiterschaft ihre Existenzmöglichkeit durch die Verwertbarkeit ihrer Arbeitskraft gegeben haben.“

Die vorhin erwähnte Behauptung von der Produktion aus Gnade des Kapitalisten, der die Arbeitsgelegenheit schafft, findet sich hier wieder. Als ob sein Kapital nicht ein totes Ding ohne die Arbeit wäre, ohne welche er auch im Besitz seiner sämtlichen Schätze verkommen würde. Man braucht nicht Sozialist zu sein, um zu sagen: Nicht das Kapital, sondern die Arbeit hat einen privilegierten Anspruch auf Vorzugstellung vor allen am Produktionsprozess teilnehmenden Faktoren. Die Forderung, daß die Löhne und Gehälter als erste Befastung der Produktion vor allen anderen Kosten-elementen derselben gehen, entspricht der elementarsten Gerechtigkeit. Unmittelbar darauf folgt der schöne Satz: „Es muß mit der marxistischen Vorstellung, als ob eine Fabrik ein soziales Wohlfahrtsinstitut wäre, ausgeräumt werden. Ein Wirtschaftsbetrieb ist ein rein privates Erwerbsunternehmen, das ganz und ausschließlich des Erwerbs wegen betrieben wird.“

Ein Marxist sagt gerade das Gegenteil dessen, was ihm der Verfasser zumutet. Der Marxist weiß nur zu gut, daß die sich in Privateigentum befindende Fabrik alles, nur kein soziales Wohlfahrtsinstitut für die Arbeitnehmer ist und ausschließlich dem Gewinnstreben des Unternehmers dient. Es sind nur die letzteren, welche diese Tatsache oft vermissen möchten, wenn sie sich als Hüter des Gemeinwohles ausgeben. Der Verfasser verfällt allerdings nicht in diesen Fehler, er soll aber auch den Marxisten nicht zumuten, daß sie in den gegenwärtigen Fabriken „Wohlfahrtsinstitute“ sehen.

Anschließend daran wird gesagt: „Nur wenn dieser Zweck (das heißt der Erwerb) erreicht wird, hat der Wirtschaftsbetrieb eine Existenzberechtigung, nur für diesen Fall hat die Arbeitnehmerschaft berechtigten Anspruch auf Brot und Lohn.“

Eine vernichtendere Kritik des Kapitalismus, als sie in diesem Satz enthalten ist, könnte man sich schwer vorstellen. Eine Wirtschaftsbetrieb, wo der Betrieb nicht deshalb da ist, um Bedürfnisse zu befriedigen, sondern um dem Kapitalbesitzer Gewinn zu bringen, und wo der Anspruch der Arbeitnehmer auf Lohn und Brot sich aus dem Gewinn, den diese für den Unternehmer erarbeiteten, herleitet — schärfer kann man die kapitalistische Wirtschaftsordnung nicht charakterisieren.

Die Höhe der Arbeiterlöhne und Angestelltenbezüge wird also in erster Linie bedingt durch das Erfordernis einer angemessenen Verzinsung des investierten Kapitals.

Was ist „angemessene Verzinsung“? Wer soll ihre Höhe bestimmen? Das Bankkapital, dessen Zinspolitik vom Verfasser jetzt bekämpft wird? Was die angemessene Verzinsung auf Kosten der Löhne und Gehälter erzielt werden, oder gibt es auch andere Möglichkeiten dafür?

Nachdem der Verfasser uns die „bedingteste Vorzugstellung“ des Kapitals nochmals einprägt und sagt, daß die Kapitalrente ohne Schwund oft nicht erzielt werden kann, verküsst er die Arbeitnehmer damit, daß auf die Dauer der übermäßige Lohndruck nicht beibehalten werden kann. Wenn sich eine „angemessene Kapitalrente“ nur herauswirtschaften läßt durch zu starken Druck auf das Arbeitseinkommen der Arbeitnehmerschaft, so wird diese in andere, besser entlohnte Arbeitsgelegenheiten abwandern.

Es wäre um die Lage der Arbeiterschaft schlecht bestellt, wenn sie sich gegen Lohndruck nur durch Abwanderung in andere, besser entlohnte Industriezweige schützen könnte. Es ist hier nicht der Ort, auseinanderzusetzen, wie schwer sich eine solche Abwanderung unter

der Herrschaft des Monopolkapitals und den allgemeinen Schwierigkeiten der Auswanderung bemerkenswertlich ist.

Es ist ein Ding der Unmöglichkeit — heißt es in der Deutschen Bergwerkszeitung —, daß der Arbeitnehmer auf Kosten des Kapitals unveränderte oder sogar erhöhte Entlohnung erzwinge.

Die Erhöhung der Löhne auf Kosten des Kapitalgewinns ist weit davon unmöglich zu sein, eine Last, auf welche die Existenzberechtigung der Gewerkschaften zum großen Teil begründet ist. Als Beispiel soll nur der Ausgang des englischen Bergarbeiterkonfliktes herangezogen werden. Dieser erfolgte unter den denkbar ungünstigsten politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen. Politisch regiert eine feste konservative Mehrheit, wirtschaftlich aber ist eine erge Abfahrtsstraße für Kohle vorhanden. Durch die geeignete Macht der Gewerkschaften wurde erreicht, daß die bisherigen Bergarbeiterlöhne der Krise nicht zum Opfer fielen. Der berühmte liberale Wirtschaftspolitiker Professor Keynes schreibt in einem jüngsten Heft der Zeitschrift „The Nation“: „Eine Krise herauszubekommen und dann deren Folgen allein den Arbeitern aufzubürden, war in früherer Zeit, als die Gewerkschaften noch schwach waren, möglich heute aber nicht mehr. Die öffentliche Meinung hielt es mit den Bergarbeitern, welche Opfer wirtschaftlicher Kräfte sind, die nicht besonders andere in Bewegung setzen.“ In bezug auf das Kräftepiel von Angebot und Nachfrage sagt aber Keynes: Die Gewerkschaften sind (in England) stark genug, das freie Spiel der Kräfte von Nachfrage und Angebot nicht ohne weiteres walten zu lassen. Die Bestrebungen der Gewerkschaften sind in erster Linie darauf gerichtet, den Anteil der Arbeit an dem Ertrag im Rahmen des Sozialproduktes zu steigern, und es kommt vor allem auf ihre Macht und Stärke an, wie weit sie das zu erreichen vermögen.

Fretlich darf das Argument der Notwendigkeit der Kapitalentwicklung auch hier nicht fehlen. Die Rentabilität eines Unternehmens muß außer dem erforderlichen Betriebskapital auch die Rentabilität von Kapital ermöglichen.

In diesem Punkt muß man wieder fragen: Ist es unbedingt notwendig, die Kapitalentwicklung durch Lohnrück zu erreichen? Unseres Erachtens gibt es eine Anzahl besserer Mittel dazu, wie Rationalisierung der Betriebe und Ersparnisse der breiten Schichten der Bevölkerung aus ihrem Lohn- und Gehaltsinkommen. Auch muß man angesichts der Erfahrungen der letzten Jahre mit neuem Nachdruck darauf hinweisen, wie unantastbar die neugebildeten Kapitalien zum Verderben der Volkswirtschaft verurteilt wurden.

Zuletzt möchten wir noch den unterhaltendsten Teil des Aufsatzes, wo sich der Verfasser mit den Ideen, die er als Marxismus bezeichnet, auseinandersetzt, zum besten geben. Der marxistische Grundgedanke heißt es dort, „durch vollständiges Erfassen und gerechtes Verteilen der vorhandenen Gütermengen eine Steigerung der allgemeinen Lebenshaltung herbeiführen zu wollen, ist irrig. Aus drei Gründen: Einmal, weil ja der Anteil des einzelnen an den Erträgen der Gesamtwirtschaft nur dann in Wirklichkeit wachsen kann, wenn eben eine größere Gütermenge zur Verteilung da ist. Das andere Mal, weil in einer sogenannten vollständigen Erfassung und Verteilung der Güter ein umfangreicher öffentlicher Apparat notwendig ist, der durch die Bedürfnisse eigener Unterhaltung den Anteil des einzelnen wieder weitgehend herabmündert. Drittens ist die Verwirklichung der marxistischen Weisheit nur durch volle Enteignung des Kapitals möglich. Es würde also in Wahrheit keine allgemeine Erhöhung des Anteils der einzelnen stattfinden, sondern nur eine Verschiebung der Anteile der einzelnen Wirtschaftseinheiten innerhalb einer Volkswirtschaft. Diese könnte aber nur durch willkürliche und kurzfristigen Charakter haben, weil ja durch die Enteignung des Kapitals eine Kapitalnot eintritt, welche die ständige Ergänzung und Anschaffung der für die Bedürfnisbedeckung der gesamten Bevölkerung erforderlichen Gütermenge unmöglich machen würde.“

Das nicht mehr verteilbar werden kann, als erzeugt wird, ist eine Weisheit, welche den Sozialisten ebenso bekannt ist wie dem Verfasser. Ersterer fordert nur die gerechte Verteilung der vorhandenen Gütermengen. Was den umfangreichen öffentlichen Apparat anlangt, so wäre es besser, wenn die „Bergwerkszeitung“ mit diesem Argument zurückbliebe. Hat sich nicht erst jetzt gezeigt, daß die von der Schwereindustrie so geliebten Konzerne einen hochaufgebäumten Verwaltungspappent von Aufsichtsräten und Generaldirektoren haben, welcher einen übermäßigen Teil der Verwaltungskosten aufwirft? Doch aber durch die Enteignung des Kapitals eine Kapitalnot eintritt, welche die ständige Ergänzung und Anschaffung der für die Bedürfnisbedeckung der gesamten Bevölkerung erforderlichen Gütermenge unmöglich machen würde? Diese Frage wird vom Sozialismus gestellt.

des Kollegen Thiele und kritisiert die hinterhältige Agitationsweise der Christlichen.

Den Bericht vom Verbandstage erstattete Kollege Leuber (Kaufling), den Bericht vom Gewerkschaftskongress Kollege Stephan (Hirschberg). Aber beide Punkte wurde gemeinschaftlich diskutiert. Bezüglich des Verbandstages wurde besonders bemängelt, daß 30 Stellen mit Angestellten bloß 33 Prozent erhalten.

Alle Diskussionsredner, die zum Bericht über den Gewerkschaftskongress sprachen, brachten zum Ausdruck, daß man sich gegen Eingriffe anderer Organisationen in unser unabhängiges Organisationsgebiet zur Wehr setzen müsse.

Kollege Weidlich (Breslau) referierte über das Betriebsratsgesetz, schilderte dessen Ursprung und kam zu dem Schluss, daß bei richtiger Auslegung und Anwendung desselben manches für die Kollegen geschaffen werden kann.

Kollege Pätzsch (Hannover) hielt einen vorzüglichen Vortrag über „Wirtschaft und Gewerkschaft“. Um die eindrucksvollen Ausführungen nicht abzuschwächen, wurde von einer Diskussion Abstand genommen.

Kollege Weidlich (Breslau) referierte über Abrechnung und Kassenführung. Er erwähnte in seinen Ausführungen zu einer prompten Erledigung der Abrechnungen und zu monatlich vorzunehmenden Revisionen.

Nach Vornahme der Neuwahlen zum Verbandsbeirat schloß Kollege Thiele mit der Ermahnung zur weiteren pflichtgemäßen Mitarbeit zum Ausbau der Organisation und mit einem dreifachen Hoch auf den Verband der Fabrikarbeiter die gut verlaufene Konferenz.

## Aus der Industrie

### Chemische Industrie

Der gewerbliche Gesundheitsschutz in der chemischen Industrie und bei der Arbeit mit chemischen Körpern.

I.

Gewerhemedizinrat Dr. Oerbis (Erfurt) schreibt in der Nr. 35 des Reichsarbeitsblattes:

Die chemische Industrie umfaßt eine große Anzahl von Betrieben, denen nur die Herstellung und Verarbeitung chemischer Körper gemeinsam ist, die aber sonst in jeder Hinsicht verschieden sein können. Wir finden alle Übergangsstufen von den kleinen Betrieben, die nur Mischungen, Lösungen oder Spezialpackungen für bestimmte Zwecke herstellen, bis zu den Riesenanlagen der chemischen Großindustrie mit Tausenden von Arbeitern, wir finden neben völlig unzureichenden Arbeitsräumen, in denen in primitiver Apparatur und unter Außerachtlassung wichtiger Vorsichtsmaßnahmen gearbeitet wird, ausgedehnte Anlagen, die alle Errungenschaften der Technik ausnutzen und in jeder Weise vorbildlich genannt werden dürfen, in denen u. U. hochgefährliche Stoffe in ungeheuren Mengen verarbeitet werden, ohne daß dem Fabrikbesitzer die vielleicht sehr ausgesprochenen Reiz- und Geruchswirkungen der Stoffe zum Bewußtsein kommen. Da aber die Herstellung derartiger Anlagen nicht nur teuer ist und sehr große Erfahrung voraussetzt, sondern auch nur dann lohnend wird, wenn in der gleichen Apparatur stets die gleichen Stoffe und in großer Menge hergestellt werden, so ist es einleuchtend, daß wir auch in großen Fabriken nicht alle Betriebsabteilungen in gleich guter Beschaffenheit antreffen, daß namentlich die Werke langsamer Entwicklung neben hochmodernen, einwandfreien Abteilungen noch andere aufweisen, in denen Arbeitsräume und Arbeitsbedingungen den Ansprüchen des Arbeiterschutzes nur ungenügend entsprechen, daß ebenso Fabriken gleicher Art je nach Bau- und Betriebsweise in hygienischer Hinsicht durchaus verschieden zu bewerten sind. Aus der großen Verschiedenheit der Arbeitsbedingungen in den so unterschiedlichen Betrieben der chemischen Industrie ergibt sich die Unmöglichkeit, die Gesundheitsgefahren innerhalb der chemischen Industrie einheitlich zu beurteilen.

Jede länger dauernde Einwirkung chemischer Stoffe auf den menschlichen Körper bringt die Möglichkeit einer Gesundheitsgefährdung, also einer gewerblichen Erkrankung, denn unter einer gewerblichen Erkrankung darf der Arzt, dem die Verhütung gewerblicher Gesundheitsgefährdungen obliegt, nicht nur die als Gewerkerkrankheiten bekannteren Krankheitsbilder begreifen, wie etwa Anämie, Chlorakne, Alkoholik, Quecksilbervergiftung, Phosphornekrose, auch nicht nur die langandauernden oder spät austretenden Folgen bestimmter Vergiftungen durch Kohlenoxyd, nitrose Gase, Schwefelkohlenstoff oder Zinnige, sondern wir müssen für vorbeugende Zwecke den Begriff der gewerblichen Gesundheitsgefährdung ganz allgemein fassen und etwa sagen, daß wir darunter alle Störungen des Wohlbefindens und der Kräfte verstehen, die nicht durch einmalige, sondern durch wiederholte oder dauernde Einwirkung chemischer Körper hervorgerufen werden, sofern diese Einwirkung durch Art und Umstände der gewerblichen Tätigkeit herbeigeführt oder bedingt ist. Absichtlich habe ich in dieser Definition das Wort „Krankheit“ vermieden, weil „Krankheit“ im Sinne der Krankenkasse ein viel enger gefaßter Begriff ist. Vom wissenschaftlichen Standpunkt ist ein scharfer Unterschied zwischen Gesundheit und Krankheit nicht möglich. Einem subjektiven Krankheitsgefühl brauchen keine nachweisbaren organischen Veränderungen zugrunde zu liegen, andererseits können Einflüsse chemischer Art den Zustand und damit auch die Funktion gewisser Gewebe, einzelner Blut- und Lymphgefäße, einzelner Organe in einer Weise verändern, die dem betroffenen Menschen zunächst nicht als Krankheitsgefühl bewußt wird, aber steigereffekte Störungen einleitet. Werden beispielsweise täglich geringe Mengen eines Gases aufgenommen und durch Gewebslöslichkeit entgiftet, dann kann die entgiftende Fähigkeit jener Gewebe sich allmählich verlieren, oder wenn der Körper das täglich einatmende Gift nicht mit genügender Schnelligkeit ansaugen oder entgiften kann, es also speichert, dann kann über kurz oder lang das Wechselspiel zwischen Schädlichkeit und Abwehrkräften immer deutlicher werden, eine nachweisbare Krankheit eintreten.

Wenn täglich gewisse Säuremengen in den Körper eindringen, die der Körper durch verfügbare Alkalien abfängt, dann können in längerer Zeit die Vorräte an Alkali sich erschöpfen, und der Körper verliert mehr Alkali, z. B. Kalzium, als er ersetzen kann, aus dem Blute, den Knochen, den

Zähnen, der Gewebslöslichkeit. Lange Zeit hindurch mag sich diese Kalziumverarmung nur durch leichte Mattigkeit, Verminderung des Muskelfortes, zunehmende Nervosität äußern, bis endlich eine ernsthafte Erkrankung mit Zusammenbruch der Kräfte erfolgt, häufig im Anschlusse an eine Erkältung, eine Infektion, einen Unfall, von deren unmittelbarer Einwirkung sich der Erkrankte nicht recht zu erholen vermag. Man findet dann keinen rechten Grund für die verzögerte Genesung, aber das schlechte Aussehen, Blässe, Gewichtsabnahme zeigen, daß nicht nur Mangel an Arbeitslust wirksam sein kann. Wenn Pflichtgefühl oder wirtschaftliche Not solch einen geschwächten Mann vorzeitig in den Betrieb zurückzwingen, dann bleibt seine Widerstandsfähigkeit gebrochen, seine Gefährdung erhöht. Zugleich pflegt auch die Widerstandskraft gegen akute oder chronische Infektionskrankheiten verringert zu sein, und ein solcher Organismus läuft Gefahr, daß eine Tuberkulose sich aus einer Reinfektion oder aus einem alten Herde talch ausbreitet. Nicht selten mag auch ein derartig Geschwächter in dem Gefühle, daß der Betrieb ihn „kaputt gemacht“ habe, nach Gesundmeldung sich eine andere Arbeit suchen.

Derartige Fälle werden in der Krankheitsstatistik im allgemeinen nicht als gewerbliche Erkrankungen auffindbar, denn die den Zusammenbruch auslösende Erkrankung in unserem Beispiele wird als einzige Diagnose geführt, und der Ausgang dieser Erkrankung ist für die Kassenbuchführung die Heilung, sei es, daß die gleiche Arbeit wieder aufgenommen wird, sei es, daß eine andere Arbeitsgelegenheit gesucht wird. Beschreibt im obigen Beispiele die Krankmeldung nicht auf Grund einer akuten Erkrankung, sondern auf Grund der zunehmenden Schwäche, dann hängt es geradezu vom Zufalle ab, ob der Arzt die Krankheit als allgemeine Körpererschwäche oder als Blutarmut oder als Nervosität bezeichnet. Der Gesamtzustand wird nicht erkannt, der Verdacht einer gewerblichen Ursache vielleicht auch geschöpft, aber die gewählte Krankheitsbezeichnung kann in der Statistik irreführend wirken.

Mit diesen Ausführungen habe ich kurz darlegen wollen, daß eine Statistik der Krankheitsfälle oder der Gewerkerkrankheiten im engeren Sinne an sich noch keinerlei treffende Urteile erlaubt über die gesundheitliche Gefährdung der Arbeiterschaft, einmal weil die Gefährdungsmöglichkeiten sehr verschieden sind, dann weil das entstandene Krankheitsbild keinen Aufschluß über die Erkrankungsurache gibt, endlich, weil die Benennung der Erkrankung und damit deren Gruppierung in der Statistik vom Zufall abhängt, und weil mancher mit gebrochener Gesundheit freiwillig die schädigende Arbeitsstätte verläßt, aber als gesund gebucht wird. Es kommt hinzu, daß bei einigermassen starkem Arbeiterwechsel die Erkrankungszahlen durch langdauernde gewerbliche Einwirkungen viel zu günstig erscheinen müssen, wenn sie auf die gesamten Kassenmitglieder bezogen werden, in geringerer Maße, aber doch unverkennbar, auch dann, wenn man die Erkrankungszahlen auf die Vollarbeitszahl bezieht, weil ja immer nur ein geringer Teil der Beschäftigten lange genug den Schädigungen ausgesetzt bleibt, um erkranken zu können. Es gehört zum Wesen der gewerblichen Erkrankungen, daß die schuldigen Ursachen längere Zeit hindurch entweder dauernd oder häufig wiederholt wirksam gewesen sein müssen, es ist ein großer Unterschied zwischen körperlicher Schädigung und Krankmeldung, zwischen Erkrankung durch gewerbliche Einflüsse und der ärztlichen Feststellung einer Gewerkerkrankheit, zumal wenn dem Arzte die Arbeitsbedingungen und deren Gefahren unbekannt sind. Aus alledem ergibt sich die Notwendigkeit, bei der Bekämpfung gewerblicher Schädigungen jeden einzelnen Betrieb zu betrachten, in jedem einzelnen Betriebe zu forschen, inwiefern die Ursachen der Gesundheitsgefährdung durchführbar und durchgeführt sind. Ebenso ist in jedem einzelnen Falle zu prüfen, wie der Gesundheitszustand jener Arbeiter ist, die sich nicht krank gemeldet haben. Bei der Entstehung von Krankheiten handelt es sich um Lebensvorgänge, die nur der Arzt zutreffend beurteilen und bewerten kann, und zwar nur, wenn er die Arbeitsbedingungen und Arbeitsgefahren eingehend kennt. Die Krankheitsstatistik kann stets nur eines der Hilfsmittel sein, die zur Beurteilung des Gesundheitszustandes und der Gefährdung nötig sind.

### Papier-Industrie

Nur die Arbeit kann uns retten!

Bekanntlich haben die deutschen Papiererzeugungsindustriellen bei fast allen Verhandlungen über die Tariffragen den Standpunkt vertreten, daß nur die verlängerte Arbeitszeit und die Niedrighaltung der Löhne in der Lage sei, der deutschen Papierindustrie wieder auf die Beine zu helfen. Die Herrschaften leben angeblich schon seit Jahren nur noch von der Substanz. Eigentlich ist nur, daß diese Substanz aufzehrend bei einem großen Teil der Firmen unerschöpflich ist und daß sie — gemessen an der allgemeinen Notlage des deutschen Volkes — es immer noch zuläßt, wieder Dividenden zu verteilen, die sich sehen lassen können, und trotzdem — im Gegensatz zu den Besitzern anderer Wertpapiere und den Sparern — die Herren Aktionäre eine geradezu mehr als fürstliche Aufwertung ihres Papiermarktkapitals erfahren haben.

Dafür einige Beispiele aus den letzten Wochen:

Die Papier- und Tapetenfabrik **Wammertal A.-G.**, in Wammertal, beschloß auf ihrer diesjährigen Generalversammlung die Verteilung einer Dividende von 7 Prozent auf die Vorzugs- und 6 Prozent auf die Stammaktien. Bei der Reichsarbeitsverwaltung aber protestiert dieselbe Firma gegen die Verbindlichkeit der Tarifverträge undweigert sich, die tariflichen Löhne zu zahlen.

Nach der „Papierzeitung“ Nr. 77 ist die **Schleifische Zellulose- und Papierfabrik Kunnertsdorf** in der Lage, eine 10prozentige Dividendenauszahlung vorzunehmen. Die augenblickliche Lage des Unternehmens wird trotz des Dreifachsystems und der achtfündigen Arbeitszeit als günstig bezeichnet.

## Die Jahrestellenleiter-Konferenz des Bundes 6

Am 21. und 22. September 1923 in Hirschberg i. Schl. Am Abend waren 50 Delegierte, 2 Vertreter des Gewerkschaftsverbandes, Kollege Pätzsch als Vertreter des Hauptverbandes und als Gäste ein Vertreter des Gewerkschaftsbundes Sachsen des DABG. und ein Vertreter des Kreisverbandes Hirschberg.

Am 1. Punkt der Tagesordnung: Bericht des Gewerkschaftsverbandes, referierte Kollege Thiele.

Die Organisation im Gew. war in der Berichtsperiode 1922 bis 1923 außerordentlich schwankend. Seit Ende 1922 geht es wieder aufwärts. Nicht nur eine wesentliche Zunahme an Mitglieder ist zu verzeichnen, sondern auch eine wesentliche Entwicklung der Betriebsorganisation. Die Schwankung des Organisationsstandes wurde beeinflusst durch die wirtschaftlichen Verhältnisse, die bis her zu Otten auf beiden Seiten der Arbeiterpartei auswirkten. Seit 1918 erzielte aber bessere Zeiten. Immer wieder wurden nur aufgeschoben, die kamen aus der Wirtschaftskrise nicht heraus. Die Wirtschaftskrise, in der wir uns auch heute noch befinden, ist eine Weltwirtschaftskrise, das zeigen auch die Arbeitslosenzahlen anderer Staaten. Die ist noch größer, als in Deutschland. In ihrer in Deutschland ist außerordentlich langsam. Die Wirtschaftskrise, in der wir uns auch heute noch befinden, ist eine Weltwirtschaftskrise, das zeigen auch die Arbeitslosenzahlen anderer Staaten. Die ist noch größer, als in Deutschland. In ihrer in Deutschland ist außerordentlich langsam. Die Wirtschaftskrise, in der wir uns auch heute noch befinden, ist eine Weltwirtschaftskrise, das zeigen auch die Arbeitslosenzahlen anderer Staaten. Die ist noch größer, als in Deutschland. In ihrer in Deutschland ist außerordentlich langsam.

In der Diskussion erstattete Kollege Hoffmann (Ziegenhals) einen Bericht über den Stand der Papierarbeiter in Ziegenhals 1923 nicht richtig im Sinne. Nicht die Kommunisten hätten im Gew. die Organisation übernommen. — Kollege Herzog (Ziegenhals) erklärte, daß die Organisation durch 5 bis 6 verschiedene Elemente in Betrachtung gelassen hätte, was gibt der Gewerkschaft, daß es auch in Betrachtung der Länge der Arbeitszeit eingeht werden. — Kollege Weidlich (Breslau) unterbreitete die Ausführungen

In derselben Nummer der "Papierzeitung" befindet sich die Mitteilung, daß nach Informationen der Direktion der Verein für Zellstoff-Industrie in Berlin seine Dividendenausschüttung auf 6 Prozent schätzte.

Die Ammendorfer Papierfabrik verteilt auf 4 Millionen Reichsmark Stammaktien eine Dividende von 12 Prozent aus einem Reingewinn von 546 415 R.-M., nachdem bereits 255 000 R.-M. für Abschreibungen verwendet wurden. Aus dem Geschäftsbericht geht hervor, daß die Leistungsfähigkeit der Anlagen voll ausgenutzt wurde und daß eine Steigerung der Produktion sogar über die Höhe der Friedenszeit erreicht ist. Die Produktion wurde reiflos abgeleitet.

Der Generalversammlung der Erbslwiher Papierfabrik soll vom Aufsichtsrat der Gesellschaft vorgeschlagen werden, auf eine Verteilung der Dividende in diesem Jahre zu verzichten, nachdem im Vorjahre ein Verlust von 354 580 Billionen Papiermark zu verzeichnen war. Trotzdem befindet sich auch dieses Unternehmen wieder in aufsteigender Linie und die Aktionäre werden höchstwahrscheinlich im kommenden Jahre mit einer angemessenen Dividende rechnen können, da auch in diesem Betriebe die Produktion den Friedensstand überschritten hat und im abgelaufenen Geschäftsjahre 200 000 Zentner Stroh mehr verarbeitet wurden.

Der Aufsichtsrat der Papierfabrik Hegge A.-G. beschloß, der Generalversammlung vorzuschlagen, den nach Abzug einer Amortisation von 147 102,78 M. verbleibenden Reingewinn von 150 426,60 M. folgendermaßen zu verwenden:

- 50 000 M. für Dekredite,
- 90 720 M. in der Form von 6 Prozent Dividende und
- 9 704,60 M. als Vortrag auf neue Rechnung.

Aus diesen wenigen Beispielen geht hervor, daß die Arbeit der schlecht bezahlten Papier- und Zellstoff-Proleten die Herren Aktionäre wirklich gerettet hat. Es ist deshalb wohl endlich an der Zeit, daß auch die Arbeiterschaft der Papier- und Zellstoffindustrie endlich aus ihrer elenden Wirtschaftslage gerettet wird durch Bezahlung anständiger Löhne und durch Abschaffung der übermenschlich langen Arbeitszeit. Diese Rettung hat nach den kürzlich im "Vorwärts" veröffentlichten Randbemerkungen des Unternehmerverbands Dr. Meißinger die Arbeiterschaft der deutschen Papierindustrie sicherlich nicht von den staatlichen Schlichtungsinstanzen und dem Reichsunternehmer-Verzeihungl., Reichsarbeitsministerium zu erwarten, sondern einzig und allein von der eigenen Kraft auf dem Wege des gewerkschaftlichen Zusammenschlusses im Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands. O. Stähler.

### Musterknaben.

Im Wochenblatt für Papierfabrikation, Nr. 38, Jahrgang 1925, befindet sich folgendes Stellungsangebot:

Suche bis 15. Oktober oder später Stellung als 2. Gehilfe, Arbeitszeit Nebenache! Alter 21 J., ledig, strebsam, tüchtig, ordnungslieb., deutschdenkend. Suchender ist eingearbeitet an Rundsieb-, Langsieb- und schnell lauf. Masch. von 50-600 g/m., vertraut mit allen Vor- und Nachbearb.-Masch., bel. Kolländer u. Kollapportat. Zeugnisse und Referenzen stehen gern zur Einsicht zur Verf. Gehe überallhin. Zuschr. unt. D. J. 16 424 a. b. Dsch.

In der Nr. 37 der gleichen Unternehmerzeitschrift ist das nachstehende Stellenangebot zu finden:

Tüchtiger Papiermacher, gewesener Maschinenführer, gesetzl. Alters, verb. (hinderlos), von Jugend an beim Fach, eingearb. auf Schrenz-, Lätzen-, Stroh-, einfgl. Zellulosepapiere und Strohappen, mit dem ganzen Fabrikationsgang und allen Maschinen und Reparaturen bestens vertraut, sucht unter bescheidenen Lohnansprüchen, sofort Stellung. Eintritt könnte sofort erfolgen. Werte Angebote unter "Fachmann" R. M. 16 389 an die Gesch. d. Bl.

Diese beiden Stellengesuche müssen vom Unternehmerstandpunkt aus geradezu als ideal betrachtet werden. Während bei dem einen und noch dazu kaum 21jährigen Jüngling die Arbeitszeit Nebenache ist, bietet sich der andere bei bescheidenen Lohnansprüchen — und das kann doch nur heißen auch unter Tariflohn — an. Bezeichnend aber sind beide Inserate für den Geist, der immer noch in einem Teil der Papierarbeiterschaft herrscht. Von Solidaritäts- und Gemeinschaftsgefühl mit ihren übrigen Klassen ist in diesen Stellengesuchen keine Spur zu finden. Rücksichtsloser Egoismus, Streben um eine Art Hundewurst zeichnet den Inhalt beider Inserate aus.

Trotzdem dürfen diese beiden Musterknaben versichert sein, daß das Unternehmerium auch über sie zur Ingeordnetung übergehen wird, sobald sie alt und grau geworden und ihre Arbeitsfähigkeit verloren haben. Vielleicht erhalten sie zum Dank für ihre Arbeitswilligkeit nicht nur das Diplom des Vereins Deutscher Papierfabrikanten für treue Dienste in der Arbeit, sondern auch den dazu gehörigen Leherkauf, um als Arbeitsinvaliden das edle Gewerbe der Bettler wenigstens mit Mastbegleitung ausüben zu können. O. Stähler.

### Sechs Tote.

Am 5. Oktober explodierte in der Zellstoff-Fabrik Ragunt eine Werklokomotive, die keine eigene Feuerung hatte, sondern aus einem Hochdruck-Dampfkessel gespeist wurde. In dem Augenblick, als der Dampf aus dem Hochdruck-Kessel in die Lokomotive übergeleitet wurde, stieg plötzlich die Silberwand der Lokomotive heraus, der Dampfkessel der Lokomotive selbst wurde vom Untergestell der Lokomotive weggerissen und richtete in der Umgebung fürchterliche Verheerung an. Fünf Arbeiter der Zellstoff-Fabrik wurden getötet, 15 mehr oder minder schwer verundet. Im Krankenhause verstarb bald nach der Entlassung ein sechster Arbeiter. Der explodierte Kessel ist seit 11 Jahren im Betrieb und soll zum letzten Male im September (welchen Jahres? Die Red.) revidiert und in Ordnung befunden worden sein.

### Industrie der Steine und Erden

#### Erfolge der "Preissenkungaktion"

unter Mitwirkung von Schlichtungsinstanzen.

Den Ziegeleiarbeitern des Erfurter Lohnbezirks ist großes Heil widerfahren. Die Preissenkung wird in absehbarer Zeit eintreten. Lohn erhöhungen sind aus diesem Grunde nicht mehr nötig. Diese große Weisheit hat der Schlichtungsausschuss Erfurt in folgendem Schiedspruch vom 21. September in Sachen des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands, Jahrgang Erfurt, gegen den Mitteldeutschen Ziegeleierbund, e. V., Göttingen, niedergelegt:

Angeht es der von der Regierung eingeleiteten Aktionen, allenfalls eine Preissenkung herbeizuführen, erscheint es zur Zeit bedenklich, Lohn erhöhungen vorzunehmen, wenn nicht etwa

im Einzelfalle die Lohnhöhe unter dem örtlichen Durchschnitt erheblich zurückbleibt. Da sich zur Zeit die Auswirkungen der von der Regierung beabsichtigten Maßnahmen nicht absehen läßt, ist es zu erwarten, daß sich in absehbarer Zeit der Erfolg zeigt, sich in absehbarer Zeit die Angelegenheit bis Mitte Oktober vorläufig zu erledigen. Sollte sich bis zum 5. Oktober 1925 eine Änderung der Verhältnisse nicht ergeben haben, muß dem antragstellenden Verbands anbelangenden, den Schlichtungsausschuss erneut anzusprechen. gez. Riemann gez. Kofrod.

Die Sachlage ist folgende: Die Arbeitgeber der Ziegel-Industrie, vor allem die des Erfurter Lohnbezirks, sind von jeher nicht geneigt gewesen, angemessene Löhne an die Arbeiterschaft zu zahlen. Sehr oft mußte die Organisation die Hilfe des Schlichtungsausschusses in Anspruch nehmen, um zu einigermaßen erträglichen Lohnverhältnissen zu kommen. Auch die bisherigen Löhne waren durch Spruch des Schlichtungsausschusses festgelegt worden. Der Spruch vom 20. Mai lautete: Von der laufenden Lohnwoche bis 31. August d. J. sollte für den ungelerten Arbeiter über 21 Jahre ein Spitzenlohn von 34 Pf. gezahlt werden. Gemäß kein hoher Lohn. In der Zwischenzeit, wo der Schiedspruch Geltung hatte, sind in der Ziegel-Industrie anderer Bezirke Deutschlands und auch in anderen Industrieerzfurter und Umgebung erhebliche Lohn erhöhungen erfolgt. Dann muß auch beachtet werden, daß die Ziegel-Industrie zu einem großen Teil Saisonindustrie ist und demgemäß eine Reihe von Wochen überhaupt nicht arbeiten kann.

Das allgemeine Lohnniveau des ungelerten Arbeiters in Thüringen stand zur Zeit des Ablaufs der obigen Löhne auf Aufstellung des Landesamtes für Arbeitsvermittlung auf 59,8 Pf. Weil es allgemein höher steht, hätte die Arbeiterschaft der Ziegel-Industrie des Bezirkes Erfurt eine Forderung auf Erhöhung der Löhne von 54 auf 63 Pf. gestellt. Der Arbeitgeberverband lehnte jegliche Verhandlung über Erhöhung der Löhne ab. Wahrscheinlich war er der Überzeugung, daß die Arbeitgeber besser wegkommen, wenn der Schlichtungsausschuss entscheidet. Diese Erwartungen sind auch nicht geteilt worden, wie der Spruch zeigt.

Der Schlichtungsausschuss schenkt sich die Argumentation der Unternehmervertreter: "Gefährdung der Preissenkungaktion", "Gefährdung der Währung" und noch viele andere ähnliche Dinge zu eigen gemacht zu haben.

Welche Weisheit spricht z. B. aus den Worten: "... jedoch zu erwarten ist, daß sich in absehbarer Zeit der Erfolg zeigt ..." (von der Preissenkungaktion!).

Die Preisnotierungen der Marktberichte sprechen eine andere Sprache. Von Preissenkungen ist da meist keine Rede. Wenn Preissenkungen eintreten, so nur für Artikel, die im Haushalt der Arbeiterschaft sehr wenig verbraucht werden. Wenn das Gegenteil von dem eintritt, was der Schlichtungsausschuss schlussfolgert, dann kann sich die Arbeiterschaft in der Erwartung, daß die Preise sich senken könnten, den Hungerlöhnen enger schließen.

Uns purem Übermut stellt die Arbeiterschaft wirklich keine Forderungen. Wer will behaupten, daß bei so minimalen Forderungen der Bestand unserer Wirtschaft gefährdet werde?

Die Folge solcher problematischer Schiedsprüche ist lediglich die, daß die Arbeiterschaft das Vertrauen in die staatlichen Schlichtungsinstanzen vollständig verliert und bei gelegener Zeit ihre berechtigten Forderungen auf eine andere Weise zur Durchsührung zu bringen sucht. Den Wirtschaftsfrieden fördern solche Schiedsprüche keineswegs. Wir haben sofort nach Veröffentlichung der Regierungsverordnung über die Preissenkungaktion prophezeit: Das ist lediglich ein Mittel für die Arbeitgeber, um die Löhne abzusinken, um die Lebenshaltung der Arbeiterschaft mehr als bisher zu verschlechtern. Die Preise klaffen laßt weiter, der Reallohn sinkt.

Und wie obiger Schiedspruch zeigt, haben die Arbeitgeber Helfer in ihren Bestrebungen gefunden. Der Arbeitgeberverband Meißinger mit seinen berühmten Kollegen der gleichen Meinung. Ein weiterer Erfolg der "Preissenkungaktion" ist in der Mitteldeutschen Ziegel-Industrie zu verzeichnen. Auf die eingereichten Forderungen der Ziegeleiarbeiter hat der Schlichtungsausschuss durch Schiedspruch die bestehenden Löhne um 2 Pf. erhöht. Von Unternehmerseite ist dieser Schiedspruch abgelehnt worden.

Die von der Arbeiterschaft beantragte Verbindlichkeit ist von dem Magdeburger Schlichter abgelehnt worden (wahrscheinlich im Hinblick auf die Preissenkung, die eintreten soll).

### Konzentration in der Zement-Industrie.

Nach Mitteilung der Frankf. Ztg. haben vor kurzem die Zementfabriken Döckerhoff u. Söhne, G. m. b. H., in Umdenbürg und C. Schwenk in Ulm eine Interessengemeinschaft mit der Portlandzementfabrik Karstadt abgeschlossen. Dergleichen ist auch zwischen der Portlandzementfabrik Döckerhoff u. Söhne, G. m. b. H., und dem Bonner Bergwerk u. Hüttenverein, Zementfabrik bei Obercaffel, sowie der Firma Karjes u. Bender, G. m. b. H., in Kupferberg eine Interessengemeinschaft vereinbart, die sich auf Verbands- und andere wirtschaftliche Fragen erstreckt. Um offenbar für die genannte Gruppe keine dominierende Stellung aufkommen zu lassen, haben auch die Portlandzementwerke Heidelberg, Mannheim, Stuttgart und die Wicking'schen Portlandzement- und Wasserkalkwerke, A.-G., in Münster eine Interessengemeinschaft abgeschlossen. Darüber wird folgendes berichtet:

Die beiden Konzerne der Portlandzementwerke Heidelberg, Mannheim, Stuttgart, A.-G., in Heidelberg und die Wicking'schen Portlandzement- und Wasserkalkwerke in Münster i. W. haben vorläufig eine Interessengemeinschaft auf zehn Jahre geschlossen mit dem Ziel einer späteren völligen Vereinigung. Bei vertragslosen Zuständen in der Zement-Industrie ist gemeinschaftlicher Verkauf in in- und ausländischen Gebieten, ebenso ein Gewinnausgleich vorgesehen.

Auch bei der Erneuerung der Zementverbände werden die beiden Konzerne nur gemeinschaftlich handeln.

Zum Konzern der Portlandzementwerke Heidelberg, Mannheim, Stuttgart, A.-G., deren Hauptverwaltung sich in Heidelberg befindet, gehören in Baden die Werke Leimen und Diedesheim-Neckarelz, in Hessen die Werke Weissenau bei Mainz, Offenbach a. M., Budenheim a. Rh., in Württemberg die Werke Rürtingen, Schellklingen, Rünzingen, Ebingen, Almmendingen, in Bayern die Werke Lengsfach a. M., Burglangensfeld (Oberpfalz), Marienstein (Oberbayerl.). Außerdem ist Heidelberg stark beteiligt an der Standort Portlandzementfabrik Gehr. Spohn, A.-G., und besitzt noch große Dampfzweckanlagen in Eschhausen bei München und in Stuttgart-Gannstatt sowie das Gipswerk Oberrhein-Hochhausen a. R.

Der Heidelberg-Konzern hat heute, abgesehen von allen seinen Exportgeschäften, rund 56 Prozent der Befestigung unter den in der süddeutschen Zementverkaufsstelle, G. m. b. H., zusammengefaßten Werken.

Heidelberg wird im Jahre 1925 auf einen Gesamtverkauf von wenigstens 700 000 Tonnen kommen, während seine Produktionsfähigkeit eine Million Tonnen wesentlich übersteigt.

Zum Konzern der Wicking'schen Portlandzement- und Wasserkalkwerke, A.-G., Hauptverwaltung in Münster i. W., gehören die Werke Lengsfach I, II und III, Porta bei Rhaden i. W. und Haren, ferner in Neubadam die Werke Friedrichshof und Mark, in Alt-Deanna die Werke Weffelsa, Klusberg, Grotthof, Industrie, und in Ennigerloh die Werke Unten und Grimbarg. Außerdem ist Wicking stark beteiligt an den Zementfabriken Algenz, Rühr und Klusberg sowie Anna; ebenso besitzt der Konzern zahlreiche Kalkwerke, namentlich im Teutoburger Wald.

Der Gesamtverkauf des Wicking-Konzerns wird in diesem Jahre gleichfalls circa 700 000 Tonnen bei einer Leistungsfähigkeit von über 1 Million Tonnen betragen.

Damit stellt die neue Interessengemeinschaft mehr als ein Viertel der gesamten deutschen Zement-Industrie dar.

Die Arbeiterschaft dürfte bald die gewaltige Macht dieser Konzerne zu spüren bekommen, wenn sie nicht Vorsorge trifft, als Gegengewicht sich eine mächtige Organisation zu schaffen. Sollen die Wäme der Unternehmer nicht in den Himmel wachsen, dann wird es für den Zementarbeiter die höchste Zeit, sich anzuschließen an den

Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands.

### Herabsetzung der Zementpreise.

Nach einer Meldung der Frankf. Ztg. sollte die Zement-Industrie vom 1. Oktober an ihre Preise herab. Der Nachschub beträgt 4 bis 6 Mtk. für 10 Tonnen, und zwar für Portland, Eisenportland, Hochofen und anderen hochwertigen Zement.

Der Nachschub wird gewährt auf Grund der Herabsetzung der Warenumsatzsteuer und beträgt etwa 1 Prozent des Preises.

### Nahrungsmittel-Industrie

#### Das Betriebsjahr 1924/25 in der deutschen Zucker-Industrie.

Die Zeitschrift "Die deutsche Zucker-Industrie" bringt in ihrer Nr. 40 eine längere Abhandlung über das Ergebnis des Betriebsjahres 1924/25 der deutschen Zucker-Industrie. Danach war das Jahr günstiger, als anfänglich erwartet wurde. Einleitend wird in der Abhandlung gesagt:

Das am 31. August d. J. beendete Betriebsjahr 1924/25 hat nach mancher Richtung etwas günstigere Ergebnisse gezeitigt als die vorhergehenden Betriebsjahre und eine Bekamterzeugung an Zucker geliefert, die höher als jede Erzeugung in den Jahren 1915/16 bis 1923/24. Es ist nicht ungünstige Ergebnis ist dem Zusammenwirken eines etwas höheren Anbaues und mittlerer Rübenerträge zu danken. Als Gesamt-ertrag hinterläßt das Jahr 1924/25: Es geht wieder, wenn auch langsam, mit unserer Zuckerrübenbau und mit unserer Zuckererzeugung aufwärts, und man kann nur den Wunsch aussprechen, daß diese Entwicklung nicht wieder sich unterbrochen wird.

Also, es geht aufwärts. Das klingt ja nun etwas anders als das Klageged, das die Arbeitgeber der Zucker-Industrie bei jeder Tarif- und Lohnverhandlung angestimmt haben und noch anstimmen. Aber auch die Zuckerpreise scheinen nicht so ungenügend gewesen zu sein, wie man es bei jeder Gelegenheit hinzustellen versucht. An einer anderen Stelle heißt es, nachdem die Schwierigkeiten geschildert sind, die einer Steigerung beim Rübenanbau entgegenstehen, wie folgt:

Immerhin gelang es erfriger Werbefähigkeit, die noch durch gute Zuckerpreise in den Wintermonaten 1923/24 unterstützt wurde, auf eine Wiederaufdehnung des Zuckerrübenanbaues hinzuwirken.

Neben einem höheren Anbau also gute Zuckererträge und gute Zuckerpreise. Unter diesen Umständen ist die fortgesetzte Klage der Zucker-Industriellen über schlechte Zeiten nicht recht verständlich. Aber halt, die guten Zuckerpreise waren nach dem Bericht im Winter 1923/24 vorhanden. Das stimmt. Die Preise waren in diesem Jahr sehr gut, sie standen zum Teil 100 Prozent und noch mehr über dem Friedensstand. Diese Preise hätte man gern auch in Zukunft behalten, und da sie nicht geblieben sind, deshalb die Klagen. Wiederholt ist aber auch behauptet worden, daß die Erträge beim Rübenanbau pro Hektar sehr gering seien, und daß deshalb ein höherer Rübenpreis gezahlt werden müsse, damit der Landwirt bei dem Minderertrag auf seine Rechnung komme. Hierzu wird aber nun folgendes in dem Artikel gesagt:

Die gesamte Rübenverarbeitung auf Zucker betrug 97 959 520 Doppelzentner. Aus dieser Verarbeitung und der oben genannten Entlastung berechnet sich die Rübenerteile vom Hektar auf 279 Doppelzentner gegen 278 Doppelzentner, 261 Doppelzentner, 228 Doppelzentner und 240 Doppelzentner in den Vorjahren. Die Rübenerteile hat damit die höchste Ziffer erreicht, die seit 1915 erzielt worden ist, und der Durchschnitt hätte sich noch besser gestellt, wenn nicht größere Rübenabgebote, wie Mecklenburg und Pommern, nur eine 1/2-Ernte gemeldet hätten. Am besten hat sich die Rübenerteile in Süddeutschland gestaltet, die auf den auch erheblich über dem Friedensniveau liegenden ungewöhnlich hohen Durchschnitt von 348 Doppelzentner kam.

Mit Ausnahme einiger Gebiete ist also auch bei dem Ertrag pro Hektar eine bedeutende Steigerung erzielt worden, die zum Teil den Friedensertrag übersteigt. Es kann demnach nicht gut behauptet werden, daß die Ertragsmengen gegen früher immer noch weit zurück sind. Die erzeugte Zuckermenge betrug 15 785 598 Doppelzentner Rohzucker gegen 11 461 983 Doppelzentner im Vorjahre. Hierzu wird zu dem Artikel gesagt:

Angeht es einer solchen Steigerung konnte man sich zu Beginn des Betriebsjahres wohl die Frage vorlegen, ob sich die Mehrerzeugung glatt werde unterbringen lassen.

Aber auch diese Sorgen sind beseitigt worden, indem auch der Verbrauch gegenüber dem Vorjahre sehr stark gestiegen ist. Der Verbrauch betrug im Jahre 1922/23: 13 828 551 Doppelzentner, 1923/24: 9 175 714 Doppelzentner und 1924/25: 13 978 252 Doppelzentner in Rohzuckerwert.

Der Mehrerzeugung stand also auch ein starker Mehrverbrauch, namentlich im Vergleich zum Vorjahre, gegenüber. Pro Kopf der Bevölkerung soll der Verbrauch nach diesen Darlegungen im Jahre 1924/25 22,42 Kilogramm Rohzuckerwert gegen 14,80 und 21,62 in den beiden Vorjahren betragen haben. Es wird in dem Artikel festgestellt, daß damit der Verbrauch pro Kopf den Friedensverbrauch übersteigen habe. Bezüglich der Zufuhr wird gesagt, daß diese im Jahre 1924/25 2 808 623 Doppelzentner gegen 2 621 330 Doppelzentner in Rohzuckerwert betragen habe. Die Zufuhr dagegen betrug 1 001 478 Doppelzentner gegen 63 313 Doppelzentner im Vorjahre. Es ist also die Zufuhr wesentlich mehr gestiegen als die Einfuhr.

Zusammenfassend kann gesagt werden, daß im Jahre 1924/25 die Vorbedingungen zu einem guten Geschäftsergebnis für die Zucker-Industrie gegeben waren. Eine Anbausteigerung bei den Rüben, eine Steigerung bei dem Zuckerertrag, ein Mehrertrag pro Hektar gegenüber dem Vorjahre und eine gute Absatzlage sind Dinge, die die Wirtschaft günstig beeinflussen. Die Zucker-Industrie darf also zufrieden auf dieses Jahr zurückblicken. Dem Wunsche, daß es weiter vorwärts gehen möge, schließen wir uns an, das liegt auch im Interesse der Zuckerarbeiter. Die Arbeitgeber der Zucker-Industrie aber mögen daran denken, daß auch ihre Arbeiterschaft ihr Teil zu diesem Aufwärtsgang beigetragen hat. Das

